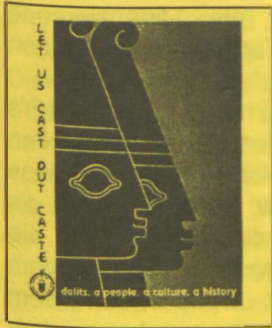


# INFO: Dalit Solidarität

No.19



## Wahlbeobachtungskampagne bei den indischen Wahlen aus Sicht der Dalits

Indien beansprucht in den Gremien der Vereinten Nationen immer wieder mit Stolz, die größte Demokratie der Welt zu sein. Dies ist in gewisser Weise auch richtig und die Erfolge Indiens beim Aufbau einer Demokratie sollen hier auch nicht klein geredet werden - im Gegenteil: im Vergleich zu vielen anderen Ländern steht Indien bei der Umsetzung demokratischer Prinzipien sehr gut da. Gleichzeitig beansprucht das Land aber auch, im Konzert der ganz Großen mitspielen zu können und damit werden die Ansprüche v.a. auch der eigenen Bevölkerung auf eine demokratische Beteiligung an den Entscheidungsprozessen konkreter und massiver.

Formal gelingt es Indien schon geraume Zeit, freie, geheime, und unabhängige Wahlen abzuhalten und den Austausch der Machträger einigermaßen friedlich zu organisieren. Gleichzeitig gibt es bei allen Wahlen zahlreiche Berichte, dass den marginalisierten Gruppen (neben den Dalits auch den Adivasis) vielerorts, aber nicht flächendeckend, die Ausübung des Wahlrechts in der von der Verfassung vorgesehenen Weise durch jeweilige lokale Machteliten verwehrt wird. Eine Studie mehrerer NRO's hat ergeben, dass in mehr als 18% der Dörfer Indiens die Dalits daran gehindert werden, zu wählen. In mehr als 50% der Dörfer werden sie dazu gezwungen, den Favoriten der lokalen Machteliten zu wählen, in 8% der Dörfer müssen sie sich in separaten Reihen anstellen und an getrennten Urnen wählen, sodass ihre Wahl nachvollziehbar wird. Dasselbe Ergebnis wird in 18% der Dörfer erzielt, wo sie erst wählen dürfen, wenn alle anderen gewählt haben. Darüber hinaus gibt es noch vielerlei anderer Praktiken, die freie Wahl der Minderheiten zu beeinflussen: Die Wahlzettel werden gar nicht an die Dalits ausgehändigt, sondern in ihrem Namen von anderen ausgefüllt, Streichung der Namen der Dalitbevölkerung von der Wählerliste oder gar schon die Weigerung, sie darin aufzunehmen. Einschüchterung mit Waffen im Vorfeld der Wahlen und die Ankündigung von Strafen, falls sie nicht die von den Mächtigen gewünschten KandidatInnen wählen. Platzierung der Wahlurnen in Teilen des Kastendorfes, zu dem die Dalits keinen Zutritt haben und die physische Hinderung am Wahltag,

das Wahllokal zu betreten gehören ebenfalls mit zum Repertoire wie das "Stehlen" der Wahlurne und ihr heimliches Öffnen zur "Bereinigung" der Stimmverhältnisse.

Zwar gibt es schon längere Zeit zivilgesellschaftliche Gruppen, die solche und ähnliche Praktiken anprangern, aber diese haben alle bisher keinen spezifischen Fokus auf die Verhinderung der Ausübung des freien und unabhängigen Wahlrechtes für Dalits. Die allgemeine Zunahme des politischen Bewusstseins der Dalits hat nun dazu geführt, dass die "Nationale Dalit Bewegung für Gerechtigkeit" (NDMJ - eine Teilorganisation in der neu strukturierten "National Campaign on Dalit Human Rights") die Verletzung dieses zentralen Bürgerrechtes speziell gegenüber Dalits bei der bevorstehenden Wahl (16. April bis 13. Mai) selbst überwachen möchte. Dabei soll eng mit den relativ einflussreichen und zu einem guten Teil auch unabhängigen Wahlkommissionen zusammen gearbeitet und deren Grundsätze für freie und unabhängige und geheime Wahlen umgesetzt werden. NDMJ betont jedoch, dass alle diese Maßnahmen nicht nur abwehrenden Charakter haben: mit der Sicherung wirklich demokratischer Strukturen will man auch in der breiten Dalitbevölkerung die Akzeptanz des demokratischen Systems festigen: wenn die Dalits (und die anderen Minderheiten) das Gefühl und die Sicherheit bekommen, dass dieses System der zeitlich begrenzten Zuteilung von Macht auch ihnen eine faire Chance gibt, auf die politischen Entscheidungen in merkbarer Weise Einfluss zu nehmen, wird es auch von ihnen akzeptiert, getragen und verteidigt werden. Damit würde ein nicht unbedeutender Beitrag zur Integration dieser Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft und zur Festigung der Demokratie geleistet.

Die Dalit-Plattform hat sich zu einem relativ frühen Zeitpunkt in die Überlegungen zu dieser Kampagne eingeschaltet und die Finanzierung des Vorhabens organisiert. Obwohl dies nur zum Teil gelungen ist (Misereor und Brot für die Welt tragen neben den holländischen und britischen Organisationen Cordaid und Christian Aid etwa zwei Drittel der ursprünglich avisierten Kosten), sind die Maßnahmen gut angelaufen:

Identifizierung von NRO's in 15 Bundesstaaten, mit deren Kooperation die Kampagne durchgeführt werden soll; Identifizierung der Wahlkreise, in denen nach den bisherigen Erfahrungen das volle Wahlrecht für die Dalits nicht gewährleistet ist; Vorbereitung von Leitlinien und eines Handbuches für die Arbeit der Freiwilligen (z.B. Beschwerdeformular); Training für die Freiwilligen, welche die Wahlbeobachtung auf Bundesstaatenebene konkret durchführen und die "State Control Rooms" aufbauen und betreiben; der Aufbau sog. "Concerned Citizens Groups", in denen bekannte und anerkannte Persönlichkeiten aus der indischen Verwaltung und Rechtssprechung sowie aus dem Bereich der Zivilgesellschaft zusammenkommen und das Anliegen der freien Wahlen für alle Bürger (moralisch) über Presseerklärungen und öffentliche Auftritte unterstützen, die Einrichtung einer Telefon-Hotline, über welche die Betroffenen jegliche Beeinträchtigungen ihrer Wahlfreiheit melden können.

Diese Wahlbeobachtungsinitiative ist neben der Wahlrechtsreformkampagne eine konsequente Weiterentwicklung der von DSiD favorisierten Strategie, Dalit-Empowerment über die Demokratisierung der indischen Gesellschaft und der dazu gehörenden Prozesse zu betreiben. Eine unabhängige und freie Wahl für die Dalits und andere Minderheiten ist eine notwendige Voraussetzung für ihre genuine und wirksame politische Partizipation und auch mittelfristig unverzichtbar für die Stabilität der indischen Gesellschaft. Ein kurzer Bericht nach dem ersten Wahltag ist bereits eingegangen. Er bestätigt, dass trotz des kurzen Vorlaufs die Mechanismen greifen. Ca. 15 Beschwerden sind schon in den ersten Stunden eingegangen, die entsprechend weitergeleitet wurden und von den Freiwilligen nachverfolgt werden.

### **Kampagne zur Reform des indischen Wahlrechts entwickelt unerwartet starke Dynamik**

In der letzten Dalit-Info haben wir darüber berichtet, dass im Oktober in Dhaka (Bangladesch) mit einer internationalen Konferenz die Kampagne zur Reform des indischen Wahlrechts eingeläutet wurde. Inzwischen haben eine weitere nationale Konferenz in New Delhi und mehrere weitere bundesstaatliche Konferenzen stattgefunden. Alle hatten eine überwältigende Resonanz gefunden, sodass in den meisten Fällen TeilnehmerInnen abgewiesen werden mussten. Aus jenen Bundesstaaten, für die die Konferenzen später im Jahr oder gar erst für die folgenden Jahre vorgesehen war, kommen jetzt dringende Bitten, ihre Konferenzen vorzuziehen und möglichst bald oder doch zumindest noch in diesem Jahr abzuhalten. Die Organisatoren wollen diese Dynamik möglichst nicht bremsen und bitten Misereor

und Brot für die Welt (als finanzierende Organisationen), die Finanzpläne umstellen zu können und die Konferenzen früher als geplant umzusetzen.

Aber auch die nepalesischen Gruppen und NRO's haben Notiz von der Kampagne genommen und wollen ihre Unterstützung bekommen, weil sich für sie diese Frage noch deutlich drängender stellt als für die indischen Gruppen. In Nepal wurde im April 2008 die verfassungsgebende Versammlung in einem gemischten Verfahren gewählt: Teile nach dem Mehrheitswahlprinzip, andere nach dem Verhältniswahlrecht. Von den 49 Dalit-Abgeordneten in der „Constitutional Assembly“ verdanken 47 dem Verhältniswahlrecht ihre Sitze. Deshalb sind die nepalesischen Dalitgruppen hochgradig daran interessiert, das Verhältniswahlrecht als einzig gültiges in der zukünftigen Verfassung zu verankern. Sie wünschen sich deshalb dringend ebenfalls eine Konferenz mit wissenschaftlicher Expertise, damit sie sich für die noch bevorstehenden Diskussionen zu diesem Thema wappnen können. Die holländische Organisation Cordaid hat bereits angedeutet, für die Finanzierung dieser Konferenz die nötigen Mittel bereitzustellen. Zusätzliche wichtige Kontakte zu nepalesischen Entscheidungsträgern wurden bereits geknüpft. An der Konferenz in New Delhi haben schon der Vorsitzende der nationalen Wahlkommission Nepals sowie der Vorsitzende der Nationalen Dalit-Kommission teilgenommen und über ihre Erfahrungen mit dem Verhältniswahlrecht berichtet.

Eine weitere Hoffnung, die sich für DSiD mit der Unterstützung konkreter Kampagnen verbindet, scheint tatsächlich Wirklichkeit zu werden: die Dalit-Panthers von Kerala haben sich inzwischen mit einem offiziellen Beschluss zur Unterstützung der Kampagne bekannt und die Einführung des Verhältniswahlrechts zu einer ihrer zentralen Forderungen gemacht. Dies könnte ein Beispiel dafür sein, dass Kampagnen mit wenigen konkreten Forderungen aus sich heraus eine ‚einigende‘ Wirkung (jenseits aller sonstigen ideologischen Differenzen) erzielen können.

### **Internationale Ökumenische Konferenz über Gerechtigkeit für die Dalits in Bangkok**

Im Dezember letzten Jahres hatten der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), der Lutherische Weltbund (LWF) und der Asiatische Christenrat (CCA) zu einer ökumenischen Konferenz über Gerechtigkeit für die Dalits eingeladen. Vertreter vieler Kirchen aus Afrika, Amerika, Europa, Asien und natürlich aus Indien kamen deshalb vom 20. bis 24. März nach Bangkok - einerseits um vielleicht zum ersten Mal überhaupt etwas über die Situation der Dalits zu hören und andererseits die Glaubensbrüder und -schwestern an den eigenen Erfahrungen von Marginalisierung und Diskriminierung teilhaben zu lassen.

Ziel der Konferenz war es, die Ökumene auf das Problem der Dalits bzw. der herkunftsbezogenen Diskriminierung aufmerksam zu machen und ein Solidaritätsbündnis zu initiieren, ähnlich dem, das damals im Zusammenhang des Kampfes gegen die Apartheid in Südafrika entstanden war. Ergebnis der Konferenz ist eine „Bangkok Declaration and Call“, in der die Situation kurz beschrieben wird und daran anschließend konkrete Forderungen und Erwartungen an die Kirchen in den betroffenen Ländern, an jene in den weniger betroffenen Ländern, an die ökumenischen Organisationen, die Regierungen der betroffenen Länder und an die internationale Gemeinschaft als ganze aber auch an die Dalitgemeinschaften gerichtet werden.

Gleichzeitig wurden alle Teilnehmenden gebeten, diese „Erklärung und Aufruf“ auch an die eigenen Bezugsgruppen und Mitgliedseinrichtungen weiterzugeben. Die Sekretariate des ÖRK und des LWF wollen ihrerseits dieses Papier an ihre Mitgliedskirchen und –einrichtungen mit der Bitte weiterleiten, die ökumenische Bewegung für Gerechtigkeit und Würde für die Dalits zu unterstützen und bei ihren Mitgliedern zu verankern. Darüber hinaus wollen sie eine Arbeitsgruppe einsetzen, die eine theologische Grundsatzklärung über die Position der Kirchen bezüglich der Kastenfrage und der kastenbedingten Diskriminierung erarbeiten soll („Kairos-Papier“).

**(Das 5-seitige Papier der „Bangkok Declaration and Call“ kann bei der Koordinationsstelle der Dalit-Plattform angefordert werden. Adresse: siehe Impressum)**

### **Durban Nachfolgekonferenz vom 20. bis 25. April in Genf**

Die Nachfolgekonferenz zur Weltrassismuskonferenz in Durban, die demnächst in Genf stattfinden wird, ist ähnlich umstritten wie die Vorgängerin – nicht nur was das große Thema Palästina betrifft, auch bei unserem Thema der Dalitdiskriminierung scheint sich nichts bewegt zu haben. Es begann damit, dass sich in einer der frühen Vorbereitungssitzungen Indien mit Händen und Füßen dagegen wehrte, dass das „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) eine Akkreditierung bekommen sollte. Die Vorbereitungsgruppe diskutierte eine geschlagene Stunde über diese Frage – mit dem Ergebnis, dass Indien nachgeben musste, weil sich v.a. die EU-Staaten für die Zulassung extrem stark gemacht hatten. Dennoch hat Indien einen ähnlichen Widerstand letzte Woche bezüglich dreier kleinerer Dalit-Gruppierungen aus Indien aufgebaut. Die Frage Ihrer Zulassung ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht entschieden.

Aber auch inhaltlich war die Sinnhaftigkeit einer Teilnahme für das IDSN fraglich. Das UNHCHR-Sekretariat hatte sich auf die Marschrichtung festgelegt,

keine Themen für die Nachfolgekonferenz zuzulassen, die nicht in der „Durban Declaration“ oder in dem „Durban Plan of Action“ erwähnt waren. Das bedeutete für das Thema „kastenbedingte Diskriminierung“ das ‚Aus‘. Es war jedoch in den weiteren Vorbereitungssitzungen gelungen, das Thema indirekt, über einen Bezug auf CERD, aufzunehmen. Im ersten „Rolling text“ vom 17. März heißt es dazu (§34): *„Welcomes the interpretation given by CERD to the definition of the concept of racial discrimination as contained in the Convention so as to address multiple or aggravated forms of discrimination;“*

Das bezieht sich exakt auf einen der größten Lobby-Erfolge des IDSN, als das CERD-Komitee nach einer „thematischen Diskussion“ zur kastenbedingten Diskriminierung eine Resolution verabschiedet hatte, mit der festgelegt werden sollte, dass auch die kastenbedingte Diskriminierung in den Geltungsbereich der Konvention fällt. Kaste wurde vom Komitee als eine Spezifikation des Kriteriums „descent“ gewertet, das eine Diskriminierung verbietet. Indien hatte diese Sicht in der Sitzung des CERD-Komitees im März 2008 noch entschieden abgelehnt. Würde also dieser Paragraph in Genf jetzt so verabschiedet, bedeutete das gewissermaßen über einen Umweg, dass diese Sicht akzeptiert würde. Folglich konzentrierten sich unsere Lobby-Anstrengungen auf diesen Paragraphen, um ihn so zu erhalten, wie er im „Rolling text“ war. Aber Indien hatte aufgepasst und sich ebenfalls ganz auf diesen Paragraphen konzentriert: es hat sich nur dazu zu Wort gemeldet und darum gebeten, das erste Wort „welcomes“ durch „Taking note of“ zu ersetzen – eine Bitte, die gewährt wurde!

Das war natürlich ganz unbefriedigend für uns, aber unsere Versuche in der letzten Woche, dies noch einmal zurückzudrehen, waren nicht erfolgreich. Alle Delegationen haben erklärt, dass dieser Punkt angesichts anderer, ‚gewichtigerer‘ Punkte nicht wieder geöffnet werde. Der liechtensteinische Vertreter versuchte mich damit zu trösten, dass es doch schon ein Erfolg sei, dass der Bezug zu CERD überhaupt aufgenommen sei. Damit sei diese Resolution gegenüber vielen anderen, die es auch gegeben habe, herausgehoben und in ihrer Bedeutung unterstrichen. Das ist wohl „diplomatische Relativitätstheorie“!

### **Indienseminar in Bad Boll vom 18. bis 20. September**

Auch dieses Jahr findet im September wieder ein Seminar zu einem Indienthema statt. Dieses Mal wird es unter dem Titel **„Politik – Religion – Gewalt - Indien nach den Wahlen“** um eine Bilanz der politischen Situation Indiens nach den Wahlen gehen. Eine der spannendsten Fragen ist ja schon jetzt, wie die Hoffnung der Dalits, Frau Mayawati, abschneiden und ob sie tatsächlich reale Chancen haben wird, die erste

Dalit-Premierministerin zu werden. Nicht unerhebliche Bedeutung wird für die Dalits auch die Frage haben, ob die hindunationalistischen Kräfte wieder wachsen und politisch einen bedeutsameren Einfluss gewinnen werden.

Darüber hinaus wird es darum gehen, die Programme der wichtigsten Parteien kennenzulernen und die Bedeutung des Wahlergebnisses intern und extern einzuschätzen. Ein besonderes Schwergewicht wird dabei auf der Analyse der Ideologie der Hindunationalisten (Hindutva), deren verschiedene Strömungen und ihrer Sicht der anderen Religionen liegen. Da die Hindunationalisten inzwischen sehr gewaltbereit sind, wenn sie ihre Religion gefährdet sehen, wird auch der Versuch unternommen, eine Art kollektiver Sozialpsychologie der Hindutva-Ideologen vorzutragen. Diese Überlegungen werden dann anhand der Ereignisse in Orissa im letzten Jahr, wo es ein Pogrom gegen Christen gab, noch weiter vertieft und konkretisiert.

Sie sind herzlich eingeladen, an diesen Diskussionen teilzunehmen!

Das Programm wird in Kürze fertiggestellt und kann dann über die Internet-Seiten der veranstaltenden Organisationen abgerufen werden.

**Anmeldungen erfolgen über die Ev. Akademie Bad Boll, Irmgard Metzger, Tel.: 07164-79347, e-mail: [irmgard.metzger@ev-akademie-boll.de](mailto:irmgard.metzger@ev-akademie-boll.de)**

### **Aktivitäten der Dalit-Plattform auf dem Kirchentag in Bremen**

Wie schon beim Evangelischen Kirchentag in Köln haben sich auch für den Kirchentag in Bremen mehrere Mitgliedsgruppen der DSiD-Plattform dazu entschlossen, auf dem „Markt der Möglichkeiten“ einen gemeinsamen Auftritt als „indisches Dorf“ zu organisieren und sich damit wieder stark "aktionsorientiert" zu präsentieren. Im „indischen Dorf“ sollen die verschiedenen Diskriminierungen, unter denen Dalits zu leiden haben, "erlebbar" gemacht werden (z.B. Wassers schöpfen am Brunnen, Teetrinken im ‚Teastall‘, Eintritt in den Tempel, usw.). Begleitet werden diese Aktivitäten von zwei Theatergruppen, welche die Diskriminierungen der Dalits in kurzen Straßentheaterszenen darstellen werden.

Außerdem wird es am **Samstag (den 23.) ein Forum Indien** geben, bei dem mit prominenten Persönlichkeiten (R. Manorama, A. Engineer, Swami Agnivesh, V. Shiva, Bischof Devasahayam u.a.) über kulturell-religiöse (11-13 Uhr) und wirtschaftlich-politische Fragen (15-18 Uhr) diskutiert werden wird. Es findet im Theater am Goetheplatz statt.

**Der 32. Deutsche Evangelische Kirchentag unter dem Motto „Mensch, wo bist du?“ findet vom 20. bis 24. Mai 2009 in Bremen statt.**

### **Studienheft über Dalits vom EMW**

Ausgangspunkt der meisten Beiträge in diesem vom Evangelischen Missionswerk in Deutschland vor kurzem herausgegebenen Studienheft war unser traditionelles Indienseminar vom September 2007 in Bad Boll. Die Evang. Akademie Bad Boll, das Ev. Missionswerk in Südwestdeutschland, die Dalit-Plattform und die Stiftung Entwicklungszusammenarbeit in Baden-Württemberg hatten unter dem Titel „Im Himalaya der Pflichten – Indische Religionen und die Menschenrechte der Ärmsten“ namhafte Vertreter der wichtigsten indischen Religionen und deutsche SüdasienwissenschaftlerInnen eingeladen, um über die menschenrechtlichen und religiösen Dimensionen der Dalit-Emanzipationsbewegung zu diskutieren. Die Beiträge der ReferentInnen wurden durch weitere wichtige Ausführungen zu zusätzlichen Dimensionen des Themas ergänzt und somit eine relativ umfassende einführende Darstellung der verschiedenen Dimensionen und Aspekte der komplexen Beziehung von Religion und Menschenrechten für den Befreiungskampf der indischen Dalits erarbeitet.

Mit diesem Heft liegt nach vielen Jahren wieder eine sehr lesenswerte und hilfreiche Einführung in die Dalitproblematik in deutscher Sprache vor.

[Das Heft kann unter folgender Adresse bestellt werden: EMW, Normannenweg 17-21, 20537 Hamburg ( [service@emw-d.de](mailto:service@emw-d.de) ) bestellt werden.]

### **Dalit-Info Nr. 19 – April 2009**

Herausgeber: Plattform Dalit Solidarität in Deutschland (DSiD); Koordinator: Walter Hahn,

**Kontaktadresse:** Friedhofstraße 32, 71088 Holzgerlingen, Tel.: 07031/4364733, Fax: 0711/2159288

e-mail: [w.hahn@brot-fuer-die-welt.org](mailto:w.hahn@brot-fuer-die-welt.org)

**Spenden für unsere Arbeit sind sehr willkommen.**

Spendenkonto der Plattform bei: Postbank Frankfurt, Kto-Nr.: 944 522 604, BLZ: 500 100 60, Stichwort: Dalitsolidarität – Ph.Müller.

**Website:** [www.dalit.de](http://www.dalit.de)

In der „Plattform Dalit Solidarität in Deutschland“ arbeiten u.a. folgende Organisationen zusammen: Brot für die Welt, Evang. Studentengemeinde II Frankfurt, das Ökumenische Zentrum in Frankfurt, Evangelisches Missionswerk in Deutschland, Adivasi-Koordination, Aide à l'enfance de l'Inde (Luxemburg), Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt, Andheri-Hilfe, Caritas, DESWOS, das Dritte Welt Haus Frankfurt, FIAN International, HEKS (Schweiz), Indienhilfe Herrsching, Inkota, Missio Aachen, die Missionswerke in Südwestdeutschland, Nordelbien, Leipzig und Niedersachsen, Das Hunger-Projekt, der „Weltgebetstag der Frauen“ und viele Einzelpersonen aus dem Bereich von Aktionsgruppen, Publizistik und Wissenschaft, sowie Misereor und EED als Beobachter.

Den Grundsätzen der Plattform entsprechend ist diese „Dalit-Info“ offen für Beiträge verschiedener Ansätze und Richtungen der Dalit-„Bewegungen“ in Indien und für die Netzwerke aus anderen südasiatischen Ländern bzw. über den Kreis des „International Dalit Solidarity Network“ (IDSN) hinaus. Die enge Verflechtung mit der Arbeit der indischen „National Campaign on Dalit Human Rights“ und dem IDSN ist jedoch wesentliche Voraussetzung der Informations- und Lobbyarbeit hier in Deutschland.